

# Mein Bibelwort zur Corona-Headline

NZZ 28.03.20 – Ezechiel 18,31 und Ezechiel 36,26 als Zeichen für eine menschlich-göttliche Zusammenarbeit in der Krise:

«Macht euch ein neues Herz und einen neuen Geist.» / «Und ich will euch ein neues Herz und einen neuen Geist in euch geben.»

Coronavirus: Die Mediziner stecken in einem unerträglichen ethischen Dilemma Seite 10

## Neue Zürcher Zeitung

NZZ – GEGRÜNDET 1780

Samstag, 28. März 2020 · Nr. 74 · 241. Jg.

AZ 8021 Zürich · Fr. 5.50 · € 5.50

### Plötzlich war nichts wie bisher

Krisen verändern die Welt. Die Pandemie bedeutet einen solchen Wendepunkt. Umso wichtiger ist es, jetzt Fragen zu stellen. Ist es wirklich richtig, das öffentliche Leben einzufrieren? Schlägt nun die Stunde des Superstaates? Von Eric Gujer

Die Pandemie ist noch nicht vorbei, sie hat in Europa wohl noch nicht einmal ihren Höhepunkt erreicht, und doch ist es an der Zeit, sich Gedanken über die Welt nach Covid-19 zu machen. Es ist die bis jetzt schlimmste Krise des noch jungen 21. Jahrhunderts. Danach wird nichts mehr so sein, wie es einmal war. Diese Prognose ist nicht verwegen, denn grosse Krisen greifen immer in den Lauf der Geschichte ein.

Die Weltwirtschaftskrise im Jahr 1929 ebnete Hitler den Weg in die Reichskanzlei und trug damit mittelbar zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs bei. Die Finanzkrise 2008 stellte die Zinspolitik auf den Kopf, die Welt wird seitdem mit billigerem Geld geflutet. In der Euro-Krise zerstob das Selbstbewusstsein der Europäer, von einer «immer engeren Union» redete heute niemand mehr. Über die EU hat sich der Mehltau der Stagnation gelegt. Wie Covid-19 die Zeitläufte formen und gestalten wird, lässt sich gegenwärtig noch nicht abschätzen. Wohl aber kann man Bereiche benennen, in denen sich diese Frage entscheiden wird.

#### Gefährliche Erwartungen

Nach gehen alle westlichen Regierungen davon aus, dass die Seuche in Europa und den USA einen ähnlichen Verlauf wie in China nimmt, dass also auf den rasanten Anstieg ein relativ schnelles Abflachen der Kurve betreffend Neuanfektionen folgt. Wenn sich aber die Epidemie länger hinzieht als erwartet, dann wird die seltene Eintracht von Regierenden und Kritikern, von Politikern und Medien schnell der bitteren Kritik weichen.

Man wird sich in diesem Fall daran erinnern, dass der Erreger zunächst eher schleppend bekämpft wurde. Obwohl in Deutschland, der Schweiz und anderen Ländern präzise Simulationen zur Verbreitungsgeschwindigkeit eines Virus vom Sars-Typ existierten, verlangsamte sich das öffentliche Leben nur zögerlich. Grenzen blieben lange offen, Schulen und Restaurants auch.

Was jetzt noch als besonnenere Reaktion gilt, wird dann als Sorglosigkeit gebrandmarkt werden. Steigen die Fallzahlen weiter, kann die Stim-

mung kippen und sich der Rückhalt in der Gesellschaft für das Krisenmanagement in Wut verwandeln. Noch frohlocken viele Kommentatoren, in der Krise «schläge die Stunde der Exekutive, weshalb die Populisten das Nachsehen hätten. Das Gegenteil könnte der Fall sein. Versagen die Regierungen im Angesicht der Pandemie, erhalten die Anti-Establishment-Parteien Zulauf. Die politische Landschaft in Europa wird dann umgeflügelt.

Je nachdem, wie der Staat die Bewältigungsprobe meistert, geht er als Loser oder als Levathan daraus hervor. Nimmt die Zahl der Neuanfektionen rasch ab, greifen die Programme zur Unterstützung der Wirtschaft, dann wird die Macht des Staates gefährlich wachsen. Die Erwartungen an den Staat möge alle Lebensrisiken abfedern, erhält dann neue Nahrung. Ob in Washington, Bern oder Berlin. Überall versprechen Präsidenten, Kanzler und Minister, es werde unbegrenzt Geld zur Verfügung stehen, damit kein Unternehmen Konkurs geht und kein Arbeitnehmer seine Stelle verliert. Was aber, wenn die Gesellschaft die absolute Ausnahme als neuen Regelfall interpretiert?

Schon heute verlangen linke Politiker, die grosszügigen Regeln für Kurzarbeit müssten auch nach dem Ende der Corona-Krise bestehen bleiben. Eigeninitiative und wirtschaftliche Freiheit werden dann noch seltener in Gesellschaften, die bereits heute dazu neigen, so viel Verantwortung wie möglich an eine gütige Obrigkeit zu delegieren.

Es ist angesichts der ungewissen Zukunftsaussichten verständlich, wenn nicht nur Coiffeure und Restaurationsbetreiber, sondern auch starke Branchen, die früher jede Intervention ablehnten, nach dem Staat rufen. Aber ist es auch klug? Es stehen genügend politische Kräfte bereit, die nichts lieber tun, als solche Rufe zu erheben und als Freibrief für einen Super-Etatismus zu verstehen.

So können die Sozialdemokraten ihre Befriedigung kaum verhehlen, dass die ungeliebte Schuldenbremse vorerst Geschichte ist. Das hat in der jetzigen Situation seine Berechtigung. Wenn aber aus dem der Not geschuldeten Sonderfall ein Dauerzustand wird, wäre das fatal. Auch Donald Trump setzte mit Wonne den freien Reiseverkehr aus, weil dies sein Mantra zu bestätigen scheint, wo-

nach Grenzzäune der beste Schutz gegen Viren und die Mächte der Globalisierung sind.

Längst bevor wir alle begriffen, welche Gefahren auf chinesischen Märkten lauern, hatte es von links wie rechts geheissen, der Liberalismus habe sich überholt. Die Untergangspropheten behaupten seit längerem, die Ära der Deregulierung und des Freihandels sei den achtziger Jahren habe nur die Reichen reicher und die Armen ärmer gemacht und die westliche Demokratie in eine «moralische Krise» gestürzt. Man sollte sich keinen Illusionen hingeben. Covid-19 wird als Vorwand dienen, um eine Renaissance staatlicher Bevormundung mit umso mehr Nachdruck zu fordern.

Während der ersten Weltkriegs sagte Wilhelm II.: «Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche.» Der Wagenburg-Reflex ist in der Krise verständlich, aber er darf das kritische Denken nicht unterbinden. Gerade weil die Corona-Pandemie eine solche Herausforderung ist, muss über den Weg zu ihrer Bewältigung offen diskutiert werden. Ist es sinnvoll, wie jetzt im Tessin das öffentliche Leben in seiner Gänze einzufrieren? Würde es angesichts der Kosten nicht vernünftiger, wenigstens die Wirtschaft weiterlaufen zu lassen und dafür die Risikogruppen umso strenger zu isolieren? Niemand kann von sich behaupten, er allein kenne die richtigen Antworten. Umso wichtiger ist es jetzt, Fragen zu stellen.

Gegenwärtig feiert die nationale Gemeinschaft ein Comeback, nachdem sich in den letzten Jahrzehnten die Gesellschaft fragmentiert, individualisiert und polarisiert hat. Die Pandemie wird das Verhältnis zwischen Freiheit und Kontrolle, privater Autonomie und «Big Government», zwischen Individuum und Gemeinschaft neu definieren. Diejenigen, die auf der Seite von Freiheit und Selbstverantwortung stehen, dürfen nicht schweigen, nur weil die Abwehr der Seuche derzeit eine konzentrierte Anstrengung erfordert und das Kollektiv den Ton angibt.

Das Virus wird auf allen Ebenen zu Veränderungen führen und Machtverhältnisse verschieben – innerhalb von Staat und Gesellschaft, aber auch international. So haben die EU-Mitglieder in den letzten Wochen alles andere als koordiniert reagiert. Jeder beschritt einen Sonderweg, und

jeder Staat kann sich auf dieses Beispiel berufen, wenn er künftig sein Heil im Alleingang sucht. Die Stagnation der Europäischen Union wird sich offensichtlich verschärfen, die politischen und wirtschaftlichen Gräben dürfen sich vertiefen.

#### Die Propaganda der Seuche

Der Erreger trifft diejenigen EU-Staaten am brutalsten, die nach der Euro-Krise nicht Vorsorge getroffen und Schulden abgebaut haben. Das gilt ausgerechnet für das besonders in Mitteleuropa gezogene Italien, dessen finanzielle Lage sich dramatisch verschlechtert. Nicht nur die Maastricht-Kriterien sind obsolet. Gerai Rom in eine Abwärtsspirale wie ebendort Griechenland, steht der Euro zur Disposition.

In der Finanzkrise von 2008 retteten die USA mit einigen beherrschten Entscheidungen das Bankensystem. Diesmal verharmlöse Trump die Seuchengefahr noch länger als andere. Washington bemühte sich angesichts von Covid-19 nie um eine globale Antwort, wie sie nur eine globale Führungsmacht geben kann. Amerika besann sich nicht auf seine idealistischen Traditionen, sondern zeigte ein feindseliges und egoistisches Antlitz.

Wer wird von diesem Vakuum profitieren? Ausgerechnet China schickt nun, da es selbst das Schlimmste überstanden zu haben scheint, medizinisches Personal und Hilfspfleger nach Italien. Gleichzeitig intensiviert Peking die militärischen Drohgebärden gegenüber Taiwan, da dessen Schutzmacht Amerika mit der Corona-Pandemie ringt. Hier übt eine neue Grossmacht, wie man mit einer Mischung aus Propaganda und Kanonenbootpolitik globale Führung ausübt. Auch die Geopolitik steht im Bann der Epidemie.

In den letzten Jahren ging das Gefühl um, eine Epoche gehe zu Ende, die nach dem Fall der Berliner Mauer ihren Ausgang genommen hatte. Der Eindruck von «fin de siècle» akzentuiert sich mit der Corona-Krise. Die Welt ist eingestimmt auf Endzeitszenarien. Umso mehr kommt es darauf an, kühlen Kopf zu bewahren und dafür zu sorgen, dass der Ausnahmezustand nicht zum Regelfall wird.

ANZEIGE

**PRAGER DREIFUSS**  
ATTORNEYS AT LAW

Corporate and M&A, Venture Capital  
www.prager-dreifuss.com

## Der Bundesrat hilft den Mietern

Zügeln ist erlaubt – Kündigungsschutz wird ausgebaut

For, Bern - Diese Woche war es unsicher, ob überhaupt noch zügeln werden darf. Ende März ist mit geschätzten 50'000 Umzügen ein wichtiger Zügeltermin. Nun hat der Bundesrat diesen Punkt geklärt. Zügeln bleibt erlaubt. Es müssen aber die Hygiene- und Abstandsregeln eingehalten werden. Zügelunternehmen und Immobilienbewirtschafter betonen, dass dies möglich sei. «Der Bundesrat will verhindern, dass eine unberechenbare Kaskade von Zügelverschiebungen entsteht», sagte Wirtschaftsminister Guy Parmelin am Freitag vor den Medien. Der Mieterverband kritisiert den Entscheid. Dieser stehe im Widerspruch zur Vorgabe, zu Hause zu bleiben. Zudem lasse sich das Zügeln oft gar nicht mit den Vorgaben des Bundesamts für Gesundheit vereinbaren.

Um Privatpersonen und Mieter von Geschäftsräumen zu unterstützen, hat der Bundesrat zudem die Nachfrist bei Zahlungsverzug von 30 auf 90 Tage verlängert. Das heisst: Mieterinnen und Mieter haben zwei Monate länger Zeit, ihre noch nicht beglichen Mietzinsen zu bezahlen. Die längere Nachfrist gilt für Mietern, die zwischen dem 13. März und dem 31. Mai 2020 fällig werden, und sofern der Zahlungsverzug mit den Massnahmen des Bundesrats zur Bekämpfung des Coronavirus zusammenhängt. Die Einschränkungen der Regierung zeigen deutliche Spuren in der Wirtschaft. Bis Donnerstag haben 51'000 Unternehmen für 656'000 Erwerbstätige Kurzarbeit angemeldet. Das entspricht 13 Prozent der Erwerbstätigen. Der Bundesrat sei sich bewusst, dass

weitere Hilfe notwendig sei, sagte Parmelin. Er räumte ein, dass die Arbeitsämter bei der Bearbeitung der vielen Kurzarbeitgesuche am Anschlag seien. Es könne deshalb zu Verzögerungen bei Auszahlungen kommen. Mit einer Ausnahmeklausel entschärfte der Bundesrat den Konflikt mit dem Kanton Tessin. Dieser hat mit der Schliessung von Baustellen und Betrieben gegen Bundesrecht verstossen. Neu kann der Bundesrat einem Kanton erlauben, kurzzeitig die Tätigkeit ganzer Wirtschaftszweige einzuschränken oder einzustellen. Voraussetzung ist eine besondere Gefahr für die Gesundheit der Bevölkerung aufgrund der epidemiologischen Situation. *Meinung & Debatte, Seite 9 Schweiz, Seite 11 Wirtschaft, Seite 19*

WOCHENENDE  
**Stresstest für Beziehungen**

Für viele Familien und Paare ist die Corona-Krise eine grosse Herausforderung. Die Paartherapeutin Sandra Konrad gibt Tipps, wie man bereinigte Situationen entschärfen kann.

Seite 33-36

Redaktion und Verlag: Neue Zürcher Zeitung, Falkenstrasse 11, Postfach, 8021 Zürich, Telefon: +4144 2581111, Leserservice/Abonnements: +4144 2581000, www.nzz.ch  
Wetter: 31, TV/Radio: 50, 51, Traueranzeigen: 20, Impressum: 31



Pfr. Andrea Marco Bianca  
bianca.ch/kirche/corona